



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 19. Dezember 2012

3452. 2010/252

Motion von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Peter Anderegg (EVP) vom 09.06.2010:

Ausarbeitung einer Verordnung zur Einführung und Anwendung der Integrationsvereinbarung in der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 196/2010) und zieht sie zurück: Der Vorstoss der Integrationsvereinbarung wird offenbar keine Mehrheit finden. Es erstaunt mich, dass ausgerechnet die Bürgerlichen den Vorstoss nicht unterstützen. Gerade die bürgerlichen Parteien haben einem solchen Instrument in anderen Kantonen bereits zugestimmt. Unser Kanton hat es nicht geschafft, die ganze Integrationsvereinbarungsproblematik abzuschliessen. Doch die Stadt kann etwas unternehmen. Auf Bundesebene ist das Instrument der Integrationsvereinbarung verankert und das erlaubt den zuständigen Behörden, ein solches Instrument einzuführen. Das Ziel ist insbesondere die Förderung des Spracherwerbs. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Subkulturen, Parallelgesellschaften oder Ghettobildungen haben eine negative Auswirkung auf die gesamte Gesellschaft. Jeder Franken, den wir in die Integration investieren, kommt mehrfach zurück. Doch die Ausgestaltung eines Integrationsinstrumentes muss auch massvoll geschehen. Es ist nicht sinnvoll, mit allen Migrationsgruppen entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Doch zum Beispiel auch unsere nördlichen Nachbarn würden es schätzen, wenn wir sie mit einer Broschüre persönlich willkommen heissen würden. Wir ziehen unsere Vorstösse zurück und hoffen, dass später auch weitere Parteien den Nutzen eines solchen Instruments erkennen.*

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat